

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die bespaltene Seite oder deren Raum 20 Pfg. Kleinanzeigen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Verlagsdruckerei: A. Lemb. in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach

Bezugspreis:

Jährlich 2,10 RM. und einmal „Kalender.“

Redaktionslokal: 10 Uhr Vorm.

Bezugspreis:

Monatlich 20 Pfennig.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,10 RM.

Von denselben frei ins Haus geliefert 2,25 RM.

St. 2

Braubach a. Rhein, Donnerstag, den 3. Januar 1918

28. Jahrgang

Der Beginn des Jahres.

Kalendarische Blauderei.

Während der Tage, das heißt die Zeitdauer einer Umdrehung der Erde, während der Monate, das heißt die Zeit eines Monatslaufes, während das Jahr als Zeitdauer einer einmaligen Umdrehung der Sonne natürliche Zeitmaße sind, die deshalb nicht oder weniger allen Zeiten und Völkern gemeinlich waren und bleiben werden. In der Tat des Jahresbeginns eine willkürliche Schöpfung und deshalb vielfach verschieden. Ja, es gibt große und hochkultivierte Völker, wie die alten Griechen, die den Beginn des Jahresjahres nicht kannten.

Ein richtiges Jahresfest, also die Festlegung eines bestimmten Kalendertages als Beginn des Jahres, haben wir zuerst bei den Juden. Sonderbarerweise deckt sich aber das Jahresfest der Juden nicht mit dem Jahresbeginn des jüdischen Kalenders, sondern wird am ersten Tag des siebenten Monats gefeiert. Dieser Scheinbare Widerspruch, das Jahresfest mitten im Jahre zu feiern, erklärt sich daraus, daß die Juden zur Zeit ihrer Selbstständigkeit tatsächlich den Jahresbeginn im Anschluß an ihre Lebensweise — bekanntlich waren die Juden Ackerbauer — auf den Herbst verlegten, in welche Zeit, etwa um den September oder Oktober, noch jetzt das jüdische Neujahr fällt. Später in der babylonischen Gefangenenschaft verlor sich das Verständnis für diese Einflüchtung und die Juden verlegten den Jahresbeginn auf den Frühlingsanfang, behielten aber in ihrem religiösen Konventionismus das Datum des Jahresfestes bei.

Die meisten Völker feiern als Jahresbeginn den Frühlingsanfang, also etwa die Zeit des 21. März, was sich aus astronomischen Gründen leicht erklären läßt. Tatsächlich, wenn man beim Jahre überbaut von einem Beginn reden kann, verdient diese Bezeichnung jene Zeit, wo die Natur nach langem Winterschlaf zum neuen Leben erwacht, wo also tatsächlich in Wald und Flur ein neues Jahr beginnt. Man verfolge sich nur in die vorchristlichen Zeiten, da es keine Glasfenster gab, da der Mensch im Winter frierend und im Dunkeln kümmerlich sein Dasein fristete, um zu begreifen, daß der Frühlingsbeginn auch der natürliche Jahresbeginn ist.

Wenn wir trotzdem das Neujahr mitten im Winter feiern, so ist dies auf einen Zufall zurückzuführen, ein Überbleibsel aus altägyptischer Zeit, das sich sonderbarerweise erhalten hat, trotzdem weder die Vernunft dafür spricht, noch auch in christlicher Zeit die maßgebende Behörde, die Kirche, sich dafür entscheiden wollte. Auch bei den Römern begann ursprünglich das Jahr im März. Dann nach Verbesserung des Kalenders, der statt zehn Monate zwölf erhielt, wurden die zwei neuen Monate nicht an den Schluss, sondern an den Anfang des Jahres verlegt, wodurch es kam, daß das Neujahr auf den ersten Januar fiel. Erinnerungen an diese kalendarische Kalenderform haben sich übrigens noch in den Monatsnamen erhalten, die mit ihrer tatsächlichen Stellung nicht übereinstimmen. So ist der September (septem heißt sieben) tatsächlich der neunte Monat, der Oktober (octo heißt acht) der zehnte und auch der November (novem heißt neun) und der Dezember (decem heißt zehn) tragen ihre Namen heute zu unrecht.

Wie gesagt, war die christliche Kirche anfangs mit dem ersten Januar als Jahresbeginn nicht einverstanden und verurteilte dagegen Stellung zu nehmen. Aber obgleich die Verkündigung des Tages von Mariä Verkündigung (25. März) als Jahresbeginn mit dem astronomischen Jahr fast übereinstimmt, und auch vom religiösen Standpunkt aus begründet war, weil an diesem Tage gleichsam das irdische Dasein Christi begonnen habe, konnte sich dieser Stil, der Annuntiatiofest, nicht behaupten, ebensowenig, wie die Verlegung des Jahresbeginns auf den 1. Oster- oder Weihnachtstag. Der römische alte Januar blieb Sieger.

Wenn wir vom Jahresbeginn sprechen, so wollen wir auch an wenig der Jahreszahl gedenken, die an diesem Tage sich ändert. Das unsere Zeitrechnung „von der Geburt Christi“ in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts in der christlichen Kirche eingeführt wurde und erst zwei Jahrhunderte später sich allgemeine Geltung verschaffte, aber noch weitere zwei Jahrhunderte brauchte, ehe sie wirklich vollständig wurde, ist ebenso bekannt, wie der Umstand, daß die Berechnungen ihres Ursprungs, des römischen Abtes Dionysius, mit den Angaben der Evangelien nicht übereinstimmen.

Auch die jüdische Rechnung vom Beginn der Erschaffung der Welt an, ist willkürlich. Sie wurde durch den Rabbi Hillel im 4. Jahrhundert nach Christi berechnet und eingeführt. Kam aber erst im 11. Jahrhundert bei den Juden in Gebrauch. Selbst wenn man sich auf die Bibel stützt, werden diese Berechnungen, deren es von verschiedenen Autoren über 100 gibt, wesentlich von Rabbi Hillels Berechnung ab, die Differenz beträgt mehr als drei Jahrtausende. Offiziell ergab die mohammedanische Zeitrechnung, die bekanntlich von der Gebihrte ausgeht, das heißt von der Geburt Mohammeds von Mekka nach Medina.

Recht verwickelt ist die indische Zeitrechnung. Die Indier rechnen nach einem Sonnenjahr, das dem unsern fast gleichkommt, nur daß der Neujahrstag in die Zeit von Mitte März bis Mitte April fällt. Die indischen Völker dagegen werden nach dem Mondjahr berechnet, was zu einem sehr verwinkelten Kalender führt. Diese Verwicklung von Sonnen- und Mondjahren hat sich übrigens auch in unserem Kalender bei Festlegung des Ostertermins erhalten, wodurch dessen schwankender Beginn erklärt wird. Von den drei Zeitrechnungen der Indier ist die interessanteste die Ära des Kalikata. Für die Völker hat das menschliche Jahr nur die Bedeutung eines Tages, lehnen die Indier. Dreihundertfünfzig Menschenjahre bilden also erst ein Osterjahr. 12.000 solche Osterjahre bilden ein Maha-naga, das heißt ein „Weltalter“. 1000 solche Weltalter, ein Kalpa, das sind mehr wie zehn Millionen Erdjahre, bilden einen Tag des Brahman. Und erst nach 100 seiner Lebensjahre, also nach 96.000 Kalpas, wird auch Brahman sterben. Die Buddhisten rechnen nach dem Todesjahr des Buddha, das freilich sehr verschieden angesetzt wird, und ungefähr auf das Jahr 477 vor Christi fällt.

Von den allen Zeitrechnungen rechnen die Griechen nach Olympiaden und die Römer von der Gründung Roms an. Doch wurden im bürgerlichen Gebrauche zumeist keine bestimmten Jahreszahlen angewendet, sondern die Jahre durch Anführung des Namens der regierenden Konsuln bezeichnet. Ein nur kurzlebiger Versuch, neben einer neuen Zeitrechnung — von Beginn der großen französischen Revolution an — auch einen neuen Kalender einzuführen, der unter anderem an Stelle der natürlichen Woche die zehntägige Zehntage hatte, wurde bekanntlich von den Franzosen in der Revolution unternommen, konnte aber trotz des wissenschaftlichen Aufbaues oder vielmehr gerade deshalb, weil er dem Volksverständnis nicht entsprach, nicht behauptet und nach, noch ehe der Rote der französischen Republik ein Ende bereichte.

1918.

Ein neues Jahr steht am unendlichen Zeitklimmel bereit, um abermals in Blut und Eisen getaucht zu werden. Seit seinem Vorgänger 1914. Wohl hat der Rote der Wägen etwas nachgelassen, seitdem die Engländer ihren fähigen Versuch, bei Cambray unsere festgesetzten Linien zu durchbrechen, mit einer unerhörten schweren Niederlage blühen mußten, und seitdem wir die Italiener für immer in die Verteidigung zurückgeworfen haben. Wohl steht der Rote der Wägen bereit, die zum mindesten im Osten den türkischen und wahrschafflichen Frieden einzulösen können, in das neue Jahr hinein; wohl sind auch die Westmächte vor die schicksalsschwere Frage gestellt, ob sie sich dem Friedensvertrag von Versailles angeschlossen wollen oder nicht. Allein wir lassen uns nicht mehr vorzeitig in heftige Friedenshoffnungen einleiten. Unsere Feinde haben bewiesen, daß sie zu allem fähig sind — nur nicht dazu, mit Anstand zu unterliegen. Und wenn man auf Russland aufschaut, das so durch die Revolution auf eine völlig neue Bahn geführt worden ist, so leben Frankreich und Italien sich weiter dem „je von Ideen Kriegsziele“ entfernt, und England, das Herz und Haupt der gegenwärtigen Vernetzung, fühlt die Grundlagen seiner Weltmachtstellung mehr und mehr ins Wanken geraten; dagegen es, wenn es in Friedensverhandlungen mit uns eintraten wollte, seine asiatischen und afrikanischen Eroberungen ohne jedes Hebelchen herausgeben müßte. Was zu geschweigen von deren Billon, der ja darauf brennt, sich in seiner Völkerrollenrolle zu betätigen. Also wird der Kriegszustand auch im Jahre 1918 noch einmal seine Herrschaft behaupten, und wir wollen unsere Augen ganz und gar nicht vor der Erkenntnis verschließen, daß noch gewaltige Aufgaben unserer Arbeit und unserer Bluteschweißes harren. Aber trotzdem: wenn die allgemeine Empfindung sich dahin ausspricht, daß wir der Beendigung des Krieges, seiner endgültigen Abwicklung entgegengehen, so dürfte diese Erwartung sich binnen heute und dem nächsten Jahresjahre in der Hauptsache erfüllen. Denn wir marschieren vorwärts, tüchtig los, und werden dieses Tempo in Zukunft eher beschleunigen, als verlangsamen.

Der Friede mit Russland — nehmen wir auch ihn noch nicht einmal als eine feststehende Tatsache an, weil die Zustände im Innern des Reiches nach wie vor im höchsten Grade unsicher sind und die Völkerei der Entente den Lenin und Genossen schließlich doch noch über den Kopf wachsen kann. Aber so viel ist klar, im Osten kann es fortan nur noch jenseits unserer Schützengräben zu Kämpfen kommen. Der Bruder, der Bürgerkrieg ist es, der die Kräfte der Russen verzerren wird, wenn sie der neuen Führung nicht williger folgen als es bisher den Anzeichen hat. Danach werden wir unsere Maßnahmen treffen. Das Jahr 1918 wird uns also unter anderen Kampfbedingungen im Felde sehen. Haben wir uns vier Jahre fast überall siegreich behauptet, so dürfen wir jetzt einer so erheblichen Verchiebung des Schwerepunktes unserer Kriegsmacht entgegengehen, daß die letzten Entscheidungen nicht mehr lange auf sich warten lassen werden. Das ist eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung. Von ihr wird vor allem ein gewaltiger seelischer Druck auf die feindlichen Völker ausgehen, deren Streitermassen nicht länger in dem Wahn zu erhalten sein werden, ihrer gewaltigen Übermacht zum mindesten mühe doch einmal der große Schlag gelingen, nach dem sich alles, alles zum Besseren wenden werde. Ohne Siegeshoffnung werden sie sich in den Kampf stürzen müssen. Amerika — nun ja, es wird zur Stelle sein, und wir wissen ganz gut, daß seine Kriegsmittel nicht zu unterschätzen sind. Aber kann auch jetzt noch ein ausrechnungs-fähiger Mensch daran zweifeln, daß der deutsche Generalstab allen Gefahren, die sich auf dem Wege zum Endsiege ihm entgegenstellen könnten, gewachsen sein wird? Der Willen hat es weiter zu uns als wir zu ihm: den Vorprung des kürzeren Weges und der längeren Zeit, den er uns lassen muß, den nähern wir nicht erst jetzt heute und gestern, und wenn er den preussischen Militarismus durchaus in der Nähe kennen lernen will, das Vergnügen wird ihm nicht vorenthalten bleiben. Er wird sich, früher oder später, wieder aus der Mähre zu ziehen haben. Die europäischen Völker aber, die er mit seinem „geraffel“ bei der Fahne der Entente festhalten will, deren Kriegszustand wird das Jahr 1918 nicht überdauern.

Unter gleich vielversprechenden Anzeichen dürfen wir auch dem neuen Wirtschaftsjahr entgegengehen, dessen

Schwelle zu überschreiten wir eben im Begriffe sind. Der Nahrungsraum für die Völker der Mittelmächte hat abermals eine Erweiterung erfahren, denn wir haben Galizien und die Bukowina vom Feinde freigezogen, in Rußland neue Gebiete unter den Flug genommen, unsere nahrungsbereitende Arbeit in Rumänien immer weiter ausgebaut und zu guter Letzt sogar noch zwei der fruchtbarsten italienischen Provinzen unserem Einflußgebiet angegliedert. Und nun wollen wir uns gar noch die Tore nach dem Osten öffnen, zu dem umfassenden Warenverkehr, in dem wir von jeher mit unserem russischen Nachbarn gestanden haben. Das läßt ein gutes Teil der Sorgen aus, die uns für die nächste Zukunft bevorstehen, wenn auch natürlich der neue Verkehr nur langsam und stappenschrittweise in Gang kommen wird. Aber jedenfalls: der Ring — die Mittelmächte bekommt immer gewaltigere Mächtigkeiten unter der Entwicklung unserer unerbittlich fortarbeitenden Seefriedführung immer enger zusammenzuschließen. Drüben wird die Rot von Woche zu Woche empfindlicher, und wir wollen nicht vergessen, daß namentlich für England wieder die kritischste Zeit seiner Getreideversorgung nahe bevorsteht. Haben dagegen klar sich der Dorsant immer klarer auf, unsere Volkswirtschaft steht nach wie vor auf der vollen Höhe ihrer kriegerischen Leistungsfähigkeit, und unsere Ernährung darf zum mindesten in ihrem bisherigen Rahmen auch für 1918 als vollkommen gesichert gelten.

So brauchen wir nicht zu bangen vor den Rosen, die das neue Jahr für uns bereit hält. Im Kampf für unsere große, für unsere gute und gerechte Sache werden wir aufrecht bleiben, bis der deutsche Friede erreicht ist, den Hindenburg und Ludendorff uns verbürgen. In neu gesteigelter Einigkeit, in unerschütterlicher Entschlossenheit folgt das deutsche Volk seinem Kaiser auf dem Wege zum Sieg. Und alle Völker werden dafür, daß der Friede und 1918 nicht wieder festzu zu machen sein wird.

Volks- und Kriegswirtschaft.

Der künftige erhöhte Personen- und Gewerbesteuer-Ver-
fahren Eisenbahnen soll voraussichtlich am 1. April 1918 12
alt treten. Voraussichtlich wird dann die augenblickliche
Verdoppelung des Fahrpreises für Schnellzüge in Wegfall
kommen.

* Gegen den Schleichhandel mit Saatgut soll eine Ver-
ordnung wirken, die schon herausgegeben ist. Danach haben
künftig nur solche Saatarten Gültigkeit, die mit dem Dienst-
kennzeichen und dem Prüfungszeichen der höheren Verwaltungs-
behörde versehen sind. Die Befugnis der Kommunalverbände,
den Gemeinden die Erlaubnis zur Ausstellung von Saatarten
zu erteilen, wird aufgehoben. — Es wird darauf aufmerksam
gemacht, daß auch die an sich vom 1. Januar 1918 ab zu-
lässigen Lieferungen von bereits erworbenen Sommerfrucht-
gewürde erst dann bewirkt werden können, wenn die zugehörigen
Saatarten den vorstehenden Anordnungen genügen. Es
ermöglicht sich deshalb, die bereits ausgestellten Saatarten un-
verzüglich der höheren Verwaltungsbehörde (in Preußen dem
Regierungspräsidenten) zur Prüfung und Abstempelung ein-
zureichen.

* Herstellung von Margarine und Kunstseife. Eine
Bundesratsverordnung bestimmt, daß die Herstellung von
Margarine und Kunstseife nur denjenigen Betrieben ge-
stattet wird, denen der Reichskanzler oder die von ihm dafür
bestimmte Stelle die Genehmigung dazu erteilt. Jeder, der
den Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Strafe bedroht.
Durch Ausführungsbestimmungen hat der Reichskanzler den
Margarineverband (Verband der Margarine- und Seifeher-
steller) G. m. b. H. in Berlin als die für die Genehmigung
zuständige Stelle bestimmt. Eine Zusammenlegung der Be-
triebe hat sich als notwendig erwiesen. Sie durchzuführen er-
leichtert der Margarineverband, zu dem sich die deutsche
Margarineindustrie durch freie Vereinbarungen schon am
20. Oktober 1917 zusammengeschlossen hat, bewirkt.

* Die überhöhten Preise für die neuen Einheitskuchen
werden in einer Befehlung eines Berliner Blattes gerügt.
Es heißt da: Eine mehr als peinliche Überraschung bereiten
die Verkaufspreise. In Friedenszeiten und noch in den beiden
ersten Kriegsjahren konnte man für 18 bis 20 Mark die besten
fertigen amerikanischen, für 14 bis 18 Mark die besten fertigen
inländischen Kuchen bekommen, bestes Kalbkleber mit Doppel-
schokolade oder gar Überbacken. Der neue Einheitskuchen dagegen
hergestellt aus Holz, Papier, Stoff, Pfeffer und Ähnlichem,
Material, das durchaus von der Lebensmittelverwaltung zu gewis-
sen niedrigen Preisen zur Verfügung gestellt wird, soll in der
einfachsten, besten Ausführung für Erwachsene 17 bis
22 Mark, für Kinder 10 bis 18 Mark kosten! Das sind die
Minimalpreise, darunter gibt es überhaupt keinen Kuchen. Es
ist klar, daß dies unumgänglich die Preise sind. Sie sind nicht nur
unerschwinglich für die ärmsten Volksschichten, sie sind auch
noch völlig unerschwinglich für den kleinen Mittelstand und
die Beamtenfamilien. Man rechnet das nur einmal nach:
Die Holzpreise für eine Lebensdauer von vier bis fünf
Wochen, ihre Erneuerung kostet jedesmal eine Mark. Ein
paar Kinderkuchen, Anfang Januar, und es ist durchaus fraglich, ob
Ende Juni 15 bis 20 Mark, und es ist durchaus fraglich, ob
dieser Kuchenoberschlag noch sechs Monaten nach weiter brauch-
bar ist. Eine fünfköpfige Familie muß danach mit einem
Halbjahres-Hubbudget von mindestens 100 Mark rechnen —
wer kann das leisten? Der Hauptteil der Bevölkerung
mit einem Jahreseinkommen von unter 4000 Mark, gewis
nicht.

Wie denken Sie über Brest-Litowsk?

Aber Nacht fast ist der Friede mit Russland leibhaftig vor unseren Augen entstanden. Die Unterhändler in Brest-Litowsk haben eifrig gearbeitet: zwischen Weihnachten und Neujahr ist das große Werk vollbracht worden, noch nicht ganz bis zum letzten Y-Tupfchen, aber doch schon soweit dem endgültigen Abschluß genähert, daß an der restlosen Einigung der Parteien auf der hier gebauten Grundlage nicht mehr zu zweifeln ist.

Die verblüffende Wirkung dieser schnellen Arbeit war bei der unmittelbaren Aufnahme, die sie in der deutschen Öffentlichkeit fand, deutlich zu spüren. Die ersten Besprechungen des Vorfriedensvertrages in der reichshauptstädtischen Presse gingen über allgemeine Redewendungen nicht hinaus; vielfach war sogar ein gewisses Schweigen zu beobachten: es schien doch, daß manche Leute sich manches anders gedacht hätten, als die erste Kunde kam, daß die Delegationen unseres Verbundes sich im großen und ganzen ziemlich vorbehaltslos auf den Boden des „gerechten und ehrenvollen Friedens“ gestellt hätten, wie die Russen ihn in ihrer ersten Erklärung formuliert hatten. Mittlerweile hat man indessen auf allen Seiten die Sprache wiedergesunden, und nun zeigt es sich, daß auch Zeitungsmeinungen wandelbar sind — wie mehr oder weniger alle Dinge hier auf Erden. Die Frage: wie denken Sie über Brest-Litowsk? steht heute unsichtbar jedem Zeitungsblatt an der Stirn geschrieben; sie wird wohl auch alle Erörterungen der nächsten Zeit völlig beherrschen.

Der Vertrag von Brest-Litowsk hat ganz gewiß eine gute Presse, wie man zu sagen pflegt, die er auch reichlich verdient hat; nur daß rechter und linker Hand einigermaßen vertauscht sind. Die konservative, die sogenannte altdeutsche Presse, die auf Herrn v. Kühlmann wahrlich niemals gut zu sprechen war, sie windet ihm zwar heute noch keine Kränze, steht aber seinem Werke doch mit unverkennbar freundlicher Zurückhaltung gegenüber. Die Deutsche Tageszeitung, die Haupttribüne im Streit gegen den „Dungen“, den „Versäuflichen“, wachet jetzt einen auffallend ruhigen Ton und richtet ihre Kritik ausschließlich gegen den russischen Standpunkt in der Frage der Räumung der besetzten Gebiete. Die Kreuz-Zeitung, die noch am Sonnabend schwere Bedenken gegen die allgemeine Haltung unserer Bevollmächtigten in Brest-Litowsk geäußert hatte, findet am Sonntag Worte maßvoller Anerkennung, wenn sie sich auch ihr Endurteil noch vorbehält. Um so bestimmter kündigt sich der Widerspruch von der Seite her an, die bisher den Staatssekretär v. Kühlmann in seiner Politik des Entgegenkommens und der Friedensbereitschaft am entschiedensten unterstützte. Das Berliner Tageblatt spricht von einem eigenartigen Stimmungswandel in der deutschen Presse, den es darin begründet findet, daß die Hoffnungen der Alldeutschen auf einen Gebietszuwachs im Osten sich neu belebt haben. Es geht aber in dieser ganzen Politik zwei Fragen: erstens die Frage, ob Polen, Kurland, Litauen und gewisse Teile von Livland und Estland von Russland abgetrennt werden sollten, und zweitens die Frage, was aus ihnen werden, und in welcher Form etwa eine Angliederung an Deutschland und Österreich-Ungarn erfolgen solle. Diese zweite Frage dürfte nicht entschieden, ihre Entscheidung dürfte auch nicht einstweilen festgelegt werden, bevor der Deutsche Reichstag sie genau geprüft und seine Meinung ausgesprochen habe. Ähnlich die Volksische Zeitung, die besorgt, die dauernde Verhandlung mit den Russen könnte daran Schaden nehmen, daß ein Teil ihrer Westgebiete sei es auch nur auf Umwegen an Deutschland überwiesen würde. Die Frage der Abtrennung fremdsprachiger Gebiete sei anlässlich als eine inner-russische Angelegenheit betrachtet und von unsern Unterhändlern auch als solche behandelt worden, während jetzt die Losrennung von Polen, Kurland usw. von ihnen als eine schon vollzogene Tatsache hingestellt werde. Dafür berufe man sich einerseits auf bereits vorliegende Kundgebungen der beteiligten Völker, und gebe andererseits doch die Notwendigkeit ihrer Wiederholung gemäß der russischen Forderung zu. Dies drohe eine Verewigung eines wichtigen Streitpunktes mit unserem östlichen Nachbarn, der keinesfalls ausgetilgt werden könne. Erst recht hat der Vorwärts Bedenken gegen die geplante Regelung der Ostfragen. Er warnt vor Scheinbeschlüssen in den besetzten Gebieten, die dem wirklichen Willen der Bevölkerung nicht entsprechen, dennoch aber über ihr Schicksal und über das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Russland für alle Zeit entscheiden. Die Mittelmächte dürften nicht etwa eine künstlich zustande gebrachte Volksabstimmung als Vorwand für imperialistische Pläne gebrauchen; ein solcher Versuch würde zu keinem anderen Ergebnis führen als zu neuen Reibungen außen wie innen. Nur wenn unser Vorkommnis zum annexionslosen Frieden aufrichtig gemeint sei, werde sich ein haltbarer Friede mit Russland erreichen lassen.

So ungefähr geklärt sich einstweilen das Bild unserer öffentlichen Meinung unmittelbar vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen von Brest-Litowsk ab. Staatssekretär v. Kühlmann wird für seine Politik ohne Zweifel kraft „einsatzen“ wissen. Am Mittwoch tritt der Reichstag zusammen. Man kann nur wünschen, daß beide Räte sich in der Schnelligkeit ihrer Beratung und Beschlussfassung nicht von dem Friedenskongress von Brest-Litowsk übertreffen lassen werden.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 31. Dez. Die auf Grund des Zusatzes zum Waffenstillstandsvertrag zwischen den Mittelmächten und Russland nach Petersburg entsandte deutsch-österreichische Kommission ist in Petersburg eingetroffen.

Bern, 31. Dez. Durch Vermittlung des Chefs des politischen Departements haben im Laufe des Dezember in Bern zwischen britischen und türkischen Delegierten Verhandlungen stattgefunden über Fragen, die die Behandlung und den Austausch von kriegsgefangenen Zivilpersonen beider Länder betreffen. Die am 23. Dezember unterzeichnete Übereinkunft bedarf noch der Ratifizierung beider Regierungen.

Amsterdam, 31. Dez. Der englische Militär-Einberufungs-Ausschuss hat einen gemeinsamen Beschluss gefasst, der der britischen Regierung die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland vorgeschlägt, wodurch ein sofort verfügbarer Deeresersatz von 1/4 bis 1 Million Mann bereitgestellt werden könnte.

Washington, 31. Dez. Schatzsekretär McAdoo ließ einen weiteren Vorschlag von 666 Millionen Dollar an Großbritannien, von 166 Millionen an Frankreich, 7 1/2 Millionen an Belgien und 1 Million an Serbien anweisen. Die Gesamtsumme der Vorschläge beträgt bisher 4 236 400 000 Dollar.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum 31. Dezember.

30. Dezember. Im Dornier Bogen und auf dem östlichen Maasufer regerte Feuerartillerie. — Am Lomba-Rücken und im Blau-Abchnitt heftige Artilleriekämpfe.

31. Dezember. Südlich von Marcoing werden die vorderen englischen Gräben genommen. 10 Offiziere und 165 Mann werden als Gefangene eingebracht. — In der tollkühnen Front bringt französische Infanterie in Teile der Lomba-Stellung ein.

Neujahrsebefehl des Kaisers.

An Heer und Marine.

Der Kaiser hat folgenden Befehl an das Heer und die Marine gerichtet:

„Ein Jahr schwerer bedeutungsvoller Kämpfe ist zu Ende gegangen. Gewaltige Schlachten, die vom Frühjahr bis zum Herbst auf belgischer und französischer Erde tobten, sind zugunsten unseres ruhmreichen Waffens entschieden. Im Osten brachte der Angriffseifer unseres Heeres durch wichtige Schlüsse große Erfolge. Jetzt ruhen dort die Waffen. Glänzende Siege vernichteten in wenigen Tagen jahrelange Angriffsdrückungen der Italiener. Im Zusammenwirken mit der Armee hat meine Flotte auf neue bei kühnen Unternehmungen ihre Tatkraft bewiesen. Unbetrübt leisteten die Uferboote ihre schwere, wirkungsvolle Arbeit. Voll Stolz und Bewunderung blicken wir auf die heldenmütige Schaar unserer Schutztruppe. So hat das deutsche Volk in Waffen überall, zu Lande und zu Wasser, Gewaltiges errungen.“

Aber noch hoffen unsere Feinde, mit Hilfe neuer Bundesgenossen Euch zu schlagen und dann für immer Deutschlands in harter Arbeit erkämpfte Weltstellung zu gerütteln. So wird ihnen nicht gelingen! Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache und unsere Kraft sehen wir mit fester Zuversicht und stählernem Willen auf das Jahr 1918. Darum vorwärts mit Gott zu neuen Taten und zu neuen Siegen! Großes Hauptquartier, den 31. Dezember 1917. Wilhelm.“

Unsere Dezember-Reute.

Der letzte Monat des Jahres 1917 hat uns und unsere Verbündeten insgesamt eingebracht:

über 44 000 Gefangene,
243 Geschütze,
981 Maschinengewehre,
85 Minenwerfer

und einen Raumgewinn von 184 Quadratkilometer europäischen Bodens. Dabei ist der Gewinn aus unseren letzten Vorstößen bei Cambrai noch nicht mit einberechnet.

Unsere Feinde haben demgegenüber nur zu verzeichnen:
1027 Gefangene,
2 Geschütze,
23 Maschinengewehre,

während sie einen Raumgewinn in Europa überhaupt nicht aufzuweisen haben. Die englische Deute in Belästigung ist bei dieser Zusammenstellung nicht berücksichtigt. Wir dürfen den gewaltigen Vorprung, den auch hier wieder unsere gute Sache aufzuweisen hat, als ein gutes Zeichen für das neue Jahr betrachten: von dem wir die siegreiche Entscheidung des Krieges erwarten.

Die Wirren in Russland.

Ministerpräsident Goremykin ermordet.

Nach einem Reuterbericht aus Petersburg melden vorige Blätter:

Der frühere Ministerpräsident Goremykin, seine Frau und sein Schwager sind auf ihrem Landgute in Setchy (im Kaukasus) von Räubern ermordet worden.

Goremykin, der während des Krieges kurze Zeit den Posten des Ministerpräsidenten bekleidete und sein Amt und seine Stellung dem liberalen Fürsten Wrow im September räumen mußte, war der Fahnenträger des Barismus. Als Ministerpräsident war Goremykin, wie aus seinen Erklärungen hervorgeht, ein überzeugter Vertreter des Krieges bis zum letzten Ende; er fiel, weil er seine Taten nicht mit seinen Worten in Übereinstimmung bringen konnte.

Anerkennung der Ukraine.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung:

Der Rat der Volksbeauftragten begrüßt die Bildung einer wirklichen Volksregierung in der Ukraine, indem er die Rada der Arbeiter und Bauern als wirkliche Regierung der ukrainischen Volksrepublik ansieht.

Er verpricht der neuen Regierung dieser Republik brüderliche Unterstützung und ferner, daß er auf alle Weise in den Kampf für den Frieden wie in der Angelegenheit der Übergabe der Landgüter, Fabriken und sonstigen Werke und der Banken an die Arbeitermassen der ukrainischen Völker und an die Regierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte eintreten wird. Es lebe die Brüderlichkeit der Arbeiter, Bauern und Soldaten der Ukraine und Russlands.

Verstaatlichung der Banken.

Der Erlass über die Verstaatlichung der Banken besagt u. a.: Im Interesse einer gerechten Organisation der öffentlichen Güter, im Interesse einer kraftvollen Ausrottung der Spekulationen der Banken und der vollen Befreiung der Arbeiter und Bauern und des gesamten arbeitenden Volkes von der Ausnutzung durch das Großkapital und die Banken und mit dem Ziele der Bildung eines Institutes, das wahrhaft im Interesse der Masse der Beschäftigten arbeitet, ist die Schaffung einer einheitlichen Volksbank der russischen Republik beschlossen worden. Der ausführende Hauptauschuss erklärt alle Bankgeschäfte zum Staatsmonopol. Die gegenwärtig bestehenden Aktienbanken und privaten Bankhäuser werden mit der Staatsbank vereinigt. Die Interessen der kleinen Bankkunden werden vollständig gewahrt werden.

Selbständige Regierung in Turkestan.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat sich in Turkestan eine selbständige Regierung gebildet. Wie in den anderen Fällen hat die Maximalkisten-Regierung erklärt, daß sie sich den Wünschen der Bevölkerung Turkestans nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstellen werde.

Deutsche Erfolge bei Cambrai.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus
Großes Hauptquartier, 31. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Unter starken Feuerdruck stiegen englische Abteilungen nördlich von der Bahn Boesinghe-Staden vor. Unsere Trichterbelagerung warf sie zurück und machte einige Gefangene. De Bevelore steigerte der Feind tagsüber sein Artilleriefeuer — Heftige Minenkämpfe bei Dulluch und Lens. Südlich von Graincourt wurde ein feindlicher Vorstoß im Nebel abgewiesen.

Durch sorgfältig vorbereiteten Angriff setzten sich Sturmtruppen Hannoverscher, oldenburgischer und braunschweigischer Verbände südlich von Marcoing in den Besitz der vorderen englischen Gräben. Rheinische Bataillone räumten nördlich von la Vacquerie Teile der englischen Stellung.

In mehrfachen verlustreichen Gegenstößen konnte der Feind verlorenes Gelände teilweise zurückgewinnen. In Gefangenen wurden 10 Offiziere und 365 Mann eingebracht.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem westlichen Maasufer und beiderseits von Drenth erhöhte Artillerietätigkeit.

Deeresgruppe Herzog Albrecht. In Erkundungsgefahrten auf den Maasböden wurden einige Franzosen gefangen. Auf dem Westufer der Mosel war das Feuer gesteigert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Lebhaftige Artillerietätigkeit zwischen Bardar und Dojran-See.

Italienische Front. Heftige Artillerie- und Minenkämpfe dauerten tagsüber am Lomba-Rücken an. Am Nachmittag griff französische Infanterie an und drang in Teile der Lomba-Stellung ein.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Ähnlich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere U-Boote neuerdings 18 000 Br.-Reg.-T. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein großer Dampfer von mindestens 6000 Br.-Reg.-T., ferner ein neuer englischer Dampfer, anscheinend vom Einheitsstyp, der aus einem durch fünf amerikanische Beschützer und mehrere Bomber stark gesicherten Geleitzug herausgeholt wurde, sowie der französische Segler „Mots Dams de Rostrenen“.

Frankreich lehnt ab.

In der französischen Kammer erklärte der Minister des Äußern Bichon gelegentlich der Debatte über die (in Russland veröffentlichten) Geheimdokumente:

An dem Tage, an dem Russland eine regelrecht gebildete, auf dem Willen der Nation gegründete Regierung besäße, werden wir bereit sein, mit ihm unsere Kriegsgiele und die etwaigen Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens zu prüfen.

Damit erteilt Frankreich gewissermaßen eine Antwort auf das neuerliche Friedensangebot von Brest-Litowsk. Die französische Regierung lehnt es ab, mit der Maximalistenregierung gegenwärtig zu verhandeln.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Journal“ erklärte Bichon, daß die russische Frage ernst sei. Der Zusammenbruch Russlands sei nach den Eingriffen Amerikas das wichtigste Ereignis dieses Krieges. Bichon sagte zum Schluß, er glaube nicht an die Möglichkeit einer Verproviantierung Deutschlands durch Russland. Selbstständig beabsichtige Deutschland an den Stillen Ozean und nach China zu gelangen. Japan aber werde China im Auge behalten, und Deutschland werde niemals dorthin zurückkehren.

Rumänien will keinen Frieden.

Die rumänische Regierung hat, so berichten die Londoner „Daily News“, nochmals Friedensverhandlungen abgelehnt. Im Falle, daß der russische Sonderfriede zu Stande komme, wird die rumänische Regierung die notwendigen Folgerungen ziehen und insgesamt zurücktreten. Das englische Blatt glaubt, daß der Rücktritt der jetzigen rumänischen Regierung das Ende des rumänischen Widerstandes bringen werde.

Die finnische Abordnung in Berlin.

Berlin, 31. Dezember.

Eine finnische Abordnung, bestehend aus dem Staatsrat Jelti, Professor Erich und Direktor Sario, ist in Berlin eingetroffen und vom Reichskanzler in Gegenwart des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche empfangen worden. Die Deputation überreichte eine Vollmacht des Präsidenten des finnischen Senats, die die Abordnung ermächtigt, bei der deutschen Regierung die Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands nachzusuchen. In ihrer Adresse betonte die Deputation, daß es Finnland sehr auf die Anerkennung seitens Deutschlands ankomme, zu dem es sich durch eine starke Gemeinschaft der Kultur und der Interessen hingezogen sei.

Der Reichskanzler erwiderte auf die Ansprache des Staatsrats Jelti, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk den Bestrebungen des finnischen Volkes lebhaftes Sympathie entgegenbringe, daß aber eine Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands durch Deutschland von einer Verständigung Finnlands mit der russischen Regierung abhängig sei, mit der sich Deutschland gegenwärtig in Friedensunterhandlungen befinde. Diese Verständigung sei um so leichter, als Herr Troops als Minister des Äußern die russischen Vertreter in Brest-Litowsk den deutschen Delegierten auf eine Anfrage habe erklären lassen, daß Russland den finnischen Wünschen voll entgegenkommen werde, wenn Finnland sich an die russische Regierung wenden würde.

Eine zweite finnische Deputation weilt zurzeit in den skandinavischen Ländern, wo sie die Hilfe von Stockholm, Kopenhagen und Christiania aufsucht, um auch dort die Anerkennung der neuen finnischen Selbstständigkeit einzubringen. Von König Gustaf in Stockholm erhielt die Deputation bereits eine ähnliche, freundliche Antwort wie in Berlin. Der schwedische Ministerpräsident erklärte im Reichstag zur finnischen Frage, daß Finnlands Selbstständigkeit mit größter Freude in Schweden begrüßt werden würde, in dessen Maße unter allen Umständen eine Einmischung Schwedens unterbleibe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In einem Tagesbefehl König Ludwigs von Bayern aus Anlaß des Jahreswechsels heißt es u. a.: Wenn auch die Frucht zu reifen, wenn im Osten die Morgenröte eines gerechten Friedens zu tagen beginnt, noch sind wir nicht am Ende. Ein harter einiger Wille und das Bemühen unserer gerechten Sache wird uns mit Gottes Hilfe auch weiterhin die Kraft geben, zu opfern, zu kämpfen und zu siegen, bis wir den Frieden, den wir brauchen, uns erzwingen haben. Meine innigsten Wünsche begleiten meine tapfere Armee und mein treues handhames Volk in das neue und — Gott gebe es! — letzte Kriegsjahr.

+ Die Junggefallen- oder Ledigensteuer im Fürstentum Lippe, die vor zwei Jahren eingeführt worden ist, soll auch weiterhin bestehen bleiben. Die Staatsregierung hat bei dem Landtage des Fürstentums die Verlängerung des Gesetzes beantragt mit der Begründung, daß der Ertrag der Ledigensteuer weit über die anfänglichen Erwartungen hinausgegangen sei, daß die Ledigensteuer sozial mobilität und ausgleichend gewirkt habe, daß sich der Ausführung des Gesetzes keinerlei Schwierigkeiten oder Bedenken in den Weg gestellt hätten, und daß der gute Zweck, die Steuerlast mit nach der Tragfähigkeit der Schultern zu bemessen, die Verlängerung des Gesetzes dringend wünschenswert erscheinen lasse. Der Landtag hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

+ Eine neue bayerische Vertretung beim Bundesrat für wirtschaftliche Angelegenheiten soll eingerichtet werden, die mit der Notwendigkeit begründet wird, während des Krieges auf dem Gebiete von Handel, Gewerbe und Industrie die bayerischen Interessen in Berlin umfangreicher vertreten zu sehen. Mit Rücksicht darauf haben Industrie- und Bankkreise der Staatsregierung Vorschläge zur Errichtung einer wirtschaftlichen Stelle zur Verfügung gestellt. Der bayerische Landtag hat der Annahme dieser Vorschläge trotz mancher Bedenken zugestimmt. Namentlich ist Ministerialrat Dr. Gustav Rohmer zum stellvertretenden Bevollmächtigten beim Bundesrat ernannt und ihm der bisherige Syndikus der Handelskammer Nürnberg, Dr. Gumbel, als Mitarbeiter beigegeben worden.

+ Den erneut auftretenden Gerüchten von der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark tritt Oberpräsident v. Nolcke mit folgenden Ausführungen entgegen: Unter dem 26. November 1918 habe ich Veranlassung nehmen müssen, in der Öffentlichkeit mit allem Nachdruck Gerüchten entgegenzutreten, welche glaubten, von einer nach dem Kriege beabsichtigten Abtretung Nordschleswigs an Dänemark berichten zu können. Nur bei Deutschlands Feinden werde man — darauf wies ich hin — die Urheber solcher Gerüchte zu suchen haben. Meine Erwartung, törichtem Gerüchte dieser Art mit jener Erklärung ein für allemal ein Ende zu bereiten, scheint sich nicht zu erfüllen. Unter Berufung auf die Auslandspresse suchen geschäftliche Rungen unruhigstend mit Ausdrücken ähnlicher Art erneut bei uns Schleswig-Holsteins Eingang zu finden. Nicht um die Abtretung Nordschleswigs soll es sich diesmal handeln, nur der Kreis Nordschleswigs sei, so will man wissen, bestimmt, demnach ist im Wege jetzt schon vorbereiteten Vertrages an Dänemark abzugeben. Wie früher bereits, so wiederhole ich nochmals: Kein wahres Wort liegt diesem Gerüchte zugrunde.

Osterreich-Ungarn.

+ Mit Bildung der politischen Regierung hat der Übergangsausschuss des einstweiligen Staatsrates sein Amt niedergelegt, damit ergab sich die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Verbindung zwischen der k. u. k. Militärverwaltung in Lublin und der politischen Regierung in Warschau. Namentlich ist der Posten des k. u. k. Regierungskommissars bei dem einstweiligen Staatsrat in Warschau in das Amt eines Delegierten der k. u. k. Militärverwaltung in Polen in Warschau umgewandelt worden.

+ Ministerpräsident Alexander Bielecki hat nach eingehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien ein groß angelegtes Programm für eine neue einheitliche Regierungspartei entworfen. Dieser neuen Partei werden die bisherige Verfassungspartei, Volkspartei, Demokratenpartei und die unter Führung des Grafen Apponyi stehende Unabhängigkeitspartei beitreten. Das Programm der neuen Vereinigung umfaßt nationale Zugeständnisse in militärischen Dingen, weitgehende soziale Reformen und Demokratisierung der Verwaltung. Bei der Regelung des Wirtschaftsverhältnisses zu Österreich und Deutschland soll das Selbstbestimmungsrecht Ungarns bewahrt werden.

Schweiz.

+ Am 29. Dezember ist ein Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich geschlossen worden, das zehn Monate Geltung hat. Darin verpflichtet sich der Bundesrat die schweizerische Finanzorganisation zu erweitern, einem französischen Bankkonzern monatliche Kredite zu eröffnen, welche in direkte Beziehung gesetzt werden zu den aus Frankreich oder im Transit durch Frankreich in die Schweiz eingeführten Waren. Die französische Regierung gewährt ihrerseits der Schweiz gewisse Erleichterungen bezüglich der Versorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Außerdem läßt Frankreich eine gewisse Menge Waren, auf deren Ausfuhr die schweizerische Industrie besonderen Wert legt, zur Einfuhr in Frankreich zu, wogegen die Schweiz die Eröffnung eines monatlichen Kredites bewilligt, wie dies bereits durch das Abkommen vom 29. September 1917 für die letzten drei Monate des Jahres vereinbart worden war.

Frankreich.

+ In der Voruntersuchung zu dem Prozeß gegen Caillaux spielte auch ein gewisser Kanadier Lepeetre eine Rolle. Caillaux sollte danach mit vatikanischen Würdenträgern über die Möglichkeit eines Friedens und die Anknüpfung von Beziehungen zwischen dem Vatikan und Frankreich gesprochen haben. Das Protokoll hierüber sei dem amerikanischen Botschafter in Rom zur Übermittlung an Wilson übergeben worden. Der amerikanische Botschafter in Rom dementiert nun im „Observateur Romano“ diese Geschichte und erklärt, er habe seitens niemals einen größeren Wagner als Lepeetre gekannt. Das amtliche Organ des Vatikans drückt sein peinliches Erstaunen darüber aus, wie bedärflich die französische Regierung solche Erfindungen über den Vatikan mitteilen konnte.

Großbritannien.

+ Über die ungerechte Verteilung der Lebensmittel

sprach man auf einer in London abgehaltenen nationalen Konferenz der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei. Ein Protestbeschluss wurde angenommen gegen die unbillige Verteilung der Lebensmittel, wobei besonders Frauen die Mängelheiten zu tragen haben. Dieser Uebelstand sei auf eine ungerechte Verteilung der Lebensmittel zurückzuführen. Der parlamentarische Sekretär des Lebensmittelmünisters sagte, daß die Regierung kein anderes System als das jetzige einführen könne. Der Vorschlag, daß die Regierung sämtliche Lebensmittel in eigene Verwaltung nehmen und verteilen soll, sei für England unausführbar. Die Stimmung in den Arbeiterkreisen ist ungemein erbittert.

+ Einen eindringlichen Appell an die Landwirte richtete Premierminister Lloyd George in einer Rede, die er vor dem landwirtschaftlichen Kongress ausbrachte. Er forderte die Landwirte auf, in den bevorstehenden hundert Tagen alles daranzusetzen, die Heimproduktion zu erhöhen. Es gelte unter anderem, zwei Millionen Morgen in Acker- und umzuwandeln, die drei Millionen Menschen sättigen würden. Durch Vergrößerung der Heimproduktion allein könne der so notwendige Schiffsraum gespart werden. — Lloyd George scheint also im innersten Herzen durchaus nicht von der abnehmenden Gefährlichkeit des U-Boot-Krieges überzeugt zu sein.

Amerika.

+ Die Verhandlungen über die Ausfuhr nach Schweden sind zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Schweden erhält zunächst 11000 Tonnen verschiedenen Waren, darunter Reis, Petroleum und Medizinwaren. Vor Mitte Februar ist das Eintreffen der Waren nicht zu erwarten. Weitere Warenlieferungen werden von dem Verlauf neuer Verhandlungen abhängig gemacht.

+ Über die Stellung der Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen in Vres-Pitowitz benachrichtigte Staatssekretär Lansing die Presse, daß für die Vereinigten Staaten kein Grund vorliege, ihre Haltung zum europäischen Kriege infolge des russischen Friedensangebots zu ändern. Die Entscheidung Wilsons werde der Öffentlichkeit schnellstens bekanntgegeben werden.

+ Die Angaben der amtlichen „Agenzia Stefani“ über die Pappstafelung zur Jerusalemfrage bezeichnen die „Neuen Zürcher Nachrichten“ als gefälscht. Der Papi habe gar nicht von den Kriegereignissen gesprochen, vielmehr behauptet, sondern nur von den heiligen Städten Jerusalem und Beilehem gesprochen. Das Blatt erklärt, der gefälschte Stefani-Text sei ein Verleumdung England für die Ereignisse in Jerusalem während der Original-Text jede solche Deutung ausschließt. Das Blatt vermutet dahinter die Absicht, in Konstantinopel Verwirrung gegen den Vatikan zu erregen und die Türkei einem Sonderfrieden zugänglich zu machen.

Rumänien.

+ Für eine Aushung an die Mittelmächte tritt die „Zukunft Zeitung „Lumina“ in einem längeren Artikel ein, in dem sie u. a. ausführt, daß die Lage Rumäniens eine Folge des ganzen früheren Regierungssystems sei; deshalb müsse dieses System aus dem neuen Rumänien verschwinden. „In diesem Sinne verstehen wir alle“, so schließt der Artikel, „daß nicht nur unsere gemeinsamen und künftigen Verbündeten mit der Regierung in Jasso nicht verhandeln wollen, sondern daß auch das ganze rumänische Volk nicht von ihr wissen will. Sie muß zurücktreten und gleichzeitig mit ihr muß das ganze System verschwinden, das ihr die Macht gegeben hat, in deren Besitz sie auch heute noch der einzigen Rettung, die uns übrig bleibt, im Wege steht.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 31. Dez. Der Bundesausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt hier am 2. Januar zusammen.

Wien, 31. Dez. Die Reichstagswahl im Wahlkreis Magnit-Villkallen für den verstorbenen Abgeordneten Gottschalk ist auf den 2. Februar angesetzt.

Wien, 31. Dez. Der polnische Ministerpräsident v. Rucharski ist gestern in Begleitung des Grafen Rostworowski und zweier Sekretäre zum Besuch des Grafen Czernin hier eingetroffen.

Wien, 31. Dez. Ein kaiserliches Handbreiten bestimmt, daß zur Bekämpfung des Aufwandes für die gemeinsamen Angelegenheiten vom 1. Januar bis 31. Dezember 1918 Österreich 68%, Ungarn 32% beizutragen habe.

Warschau, 31. Dez. Staatssekretär v. Rühlmann vermittelte auf der Durchreise nach Berlin mehrere Stunden in Warschau. Er besuchte die Mitglieder des Regimentsrats, Erzbischof Radomski, Fürst Lubomirski und v. Ostrowski.

Petersburg, 31. Dez. Zwischen der englischen Mission und der russischen Regierung ist in der Frage der Staatskurier ein Einvernehmen erzielt worden: die russischen Kurier werden nach England unter genau den gleichen Bedingungen abreisen wie die englischen Kurier nach Russland kommen werden.

Osag, 31. Dez. Das niederländische Dampfschiff „Nieuwe Amsterdam“, das am 30. Juni von Rotterdam nach New York gefahren war und dort am 14. Juli ankam, ist am 28. Dezember endlich, nachdem es ein halbes Jahr von Amerika zurückgehalten worden ist, wieder nach Rotterdam zurückgekehrt.

Stockholm, 31. Dez. Der Ministerpräsident erklärte, die Frage der Landsinseln müsse gelöst werden, wenn Russland aus dem Kriege aussteige.

Amsterdam, 31. Dez. Für den Mangel an Kraftfutter, unter dem auch Holland leidet, ist es bezeichnend, daß dieses Land, zu dessen Hilfe die schablonen, oft meilenweite Strecken weidende Rinder gehören, jetzt die Milch rationieren muß. Vom 1. Januar an kommt auf Kopf und Tag nicht mehr als ein Viertel Liter.

Basel, 31. Dez. Aus Paris wird gemeldet: Die monatliche Zuckerration ist von Januar an auf 500 Gramm festgesetzt.

Locales und Provinziales.

Werkblatt für den 3. Januar.

Sonnenaufgang 8¹¹ | Monduntergang 10¹¹ A.
Sonnenundergang 6¹¹ | Mondaufgang 11¹¹ A.
1871 General v. Goeben schlägt die Franzosen bei Vapauna.
— 1890 Riesenbifurkation Karl v. Dase gest. — 1912 Dichter Felix Dahn gest.

+ Nähgarne für Verbraucher. Die Reichsbekleidungsstelle erläßt eine Bekanntmachung über die Verteilung von Baumwollnähgarnen und Leinwandnähgarn an Kleinbändler, Arbeiter und Anstalten. Von allgemeinem Interesse ist die Art und Weise, wie die den Kleinbändlern zugewiesenen Mengen an Garn den einzelnen Verbrauchern für den Hausbedarf auszuführen sind. Es ist dies von den Kommunalverbänden zu regeln, denen vorgeschrieben ist, für jedes Vierteljahr zu bestimmen, wieviel auf den

einzelnen Verbraucher (Einzelperson oder Haushalt) entfällt. Die Kommunalverbände haben anzuordnen, daß die Abgabe in den Geschäften nur gegen Ablieferung bestimmter Bezugsausweise erfolgen darf, die nur im Bezirk des ausgebenden Kommunalverbandes gelten dürfen. Die Kleinhandelsverkaufspreise werden für jedes Vierteljahr von den Kommunalverbänden veröffentlicht.

+ Ungläubiger Tauschhandel. In letzter Zeit hat sich im Geschäftsfeld sehr zwischen Kaufleuten und Verbrauchern ein Gespögenheit herausgebildet, die im Interesse unseres Wirtschaftslebens nicht entschieden genug bekämpft werden kann; es sind nämlich Fälle bekannt geworden, in denen Geschäftsleute kein Bedenken getragen haben, von Kunden Lebensmittel anzunehmen und ihnen dafür Klebungsstücke ohne Bezugsschein zu verabfolgen. Abgesehen davon, daß diese Geschäftsleute sich schwerer Bestrafung aussetzen, ist ein solches Verhalten geeignet, die gleichmäßige Versorgung aller Volksschichten mit Lebensmitteln wie mit Klebungsstücken im hohen Grade zu gefährden. Alle wohnortswegener behördlichen Maßnahmen, die das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege gewährleisten soll, und könnten, müßten scheitern, wenn die Geschäftsleute nicht schenken, sie in dieser Weise zu tun.

+ Preis für Kaffeeertrag. Bei der Höchstpreisfestsetzung für Kaffeeertrag wurden Ausnahmen gestattet, da sich noch größere Mengen Ertragsmittel im Handel befanden, die zu höheren als den Höchstpreisen erworben waren. Diese Ausnahmen mußten von den Kommunalverbänden und Gemeinden festgelegt werden und die Frist dafür lief bis zum 1. Dezember 1917. Diese Frist war für den Abgang der Vorräte vielfach zu kurz, so daß bei ihrer Aufrechterhaltung der Handel schwerwiegende Verluste erleiden würde. Durch eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts wurde die Frist nunmehr bis zum 15. März 1918 einschließlich verlängert. Dem Handel soll insoweit, als es nach Ansicht der Kommunalverbände und Gemeinden unbedenklich ist, die Möglichkeit gegeben werden, bis dahin seine Vorräte mit Zustimmung der Kommunalverbände und Gemeinden nach deren Anordnungen noch zu höheren Preisen als den Höchstpreisen abzugeben. Die Ausnahmepreise sollen vor der Erteilung der Ablagerlaubnis von der die Genehmigung erteilenden Stelle nachgeprüft werden. Die vorhandenen Vorräte sollen tunlichst in die allgemeine Verbrauchsregelung einbezogen werden. Die Befugnis der Kommunalverbände und Gemeinden bezieht sich nur auf die bei Erlass der Verordnung bereits im Besitze des Handels befindlichen Vorräte. Ausnahmen von dem Höchstpreis für diejenigen Vorräte, die sich zu dieser Zeit noch im Besitze der Hersteller befanden, und für die Fertigfabrikate, welche erst aus den zu dieser Zeit noch vorhandenen Rohstoffen hergestellt worden sind oder noch hergestellt werden sollen, können nach wie vor grundsätzlich nicht zugelassen werden. Ebenfalls können nach dem 15. März 1918 Ausnahmewilligungen zugunsten der Händler bewilligt werden.

+ Auszeichnung. Baumeister von Weh (Schwiegersohn der Frau Albert Heberlein) erhielt auf dem westlichen Kriegsschauplatz, das Eisenerz Kreuz. — Gefreiter Georg Handschuh erhielt bei den Westkämpfen das Eisenerz Kreuz.

+ Turnisches. Die Deutsche Turnerschaft, die über 1 Million Mitglieder zählt und deren Söhne bisher ehrenamtlich geführt wurden, will sich jetzt eine ständige Geschäftsstelle einrichten, da die weitverbreiteten Arbeiten nicht mehr nebenamtlich bewältigt werden können.

Dankjagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Enkelchen, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir Allen, besonders Herrn Dr. Wagner für seine tröstlichen Worte am Grabe unsern herzlichsten Dank.

Familie Arzbächer.

Vereins-Nachrichten.

Turn-Verein.

Heute abend Turnstunde.

Freitag abend halb 9 Uhr Sitzung in der Turnhalle.

Lebensmittel.

Von heute Mittag an kann in den Geschäften bezogen werden:

Zucker jede Person 1 1/2 Pfund auf Nr. 81, Preis wie früher veröffentlicht.

Feigwaren 125 Gramm auf Nr. 82, Preis 85 und 64 Pfg. das Pfund.

Marmelade kartenförmig, 90 Pfund.

Mandelnußgebäckpulver, kartenförmig, 50 Pfg. das Päckchen.

Goudalaje in dem Geschäft von Konrad Geas für Buchhaben 2—3, jede Person 50 Gramm, soweit die geringe Menge reicht, 4.20 Mark das Pfund auf Nr. 83.

Baubach, 8. Januar 1918.

Der Magistrat.

Evangel. Kirchenkasse.

Die Kirchensteuer pro 2. Halbjahr 1917 ist bis zum 10. Januar zu zahlen.

Rassensunden nur von 9—1 Uhr Vormittags
Kirchenrechner Probst.

Cabid-Lampen

wieder eingetroffen.

Chr. Wieghardt.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.
Wetterlage unverändert.

Zünftliche Bekanntmachungen der städtischen Behörden.

Öffentliche Aufforderung

Alle diejenigen Einwohner, welche die Kartoffeln usw. beim Empfang nicht beguthen konnten, werden hierdurch aufgefordert, am 1. und 15. jeden Monats mindestens 10 Mark im Lebensmittelbüro abzugeben.

Der Bürgermeister.

Die infolge der schlechten Witterung abgelagerte Brennholz-Versteigerung

im Distrikt Gebraunleberg findet nunmehr am Freitag, den 4. Januar, vormittags 9 Uhr statt. Treffpunkt an der Mühle von Handshuf.

Der Magistrat.

Sum 1. Februar 1918 ist die Stelle der

Schuldienerin

hierfür neu zu vergeben. Die Jahresvergütung beträgt 700 Mark, die weiteren Bedingungen liegen im Polizeibüro aus. Meldungen sind an das Bürgermeisterei zu richten.

Der Bürgermeister.

Getreideausdruck.

Für den Umfang des Kreises St. Goarshausen wird folgendes anordnet:

§ 1. Sämtliche Landwirte des Kreises werden verpflichtet, das von ihnen geerntete Brotgetreide, die Gerste und den Hafer bis zum 15. Januar 1918 vollständig auszudrücken.

Bei denjenigen Landwirten, welche bis zu diesem Zeitpunkt dieser Anordnung nicht Folge geleistet haben, wird der Ausdruck des Getreides durch militärische Truppskommandos auf ihre eigenen Kosten vorgenommen.

§ 2. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer bis 15. Januar nicht vollständig ausgedrückt hat. Außerdem kann den Säumigen das Recht der Selbstversorgung für die Dauer des Erntejahres 1917-18 entzogen werden.

St. Goarshausen, 21. Dez. 1917.

Der Rgl. Landrat.

Wird veröffentlicht.

Staubach, 27. Dezember 1917.

Die Pol.-Verwaltung

Gefundene Gegenstände.

Ein Kopfschiff.

Rechte an vorbezeichneten Gegenständen sind innerhalb drei Monaten auf dem Rathause (Polizeibüro) geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist wird nach der Dienstauweisung betr. Fundfachen verfahren.

Wer einen Bezugsschein fordert ohne dringendste Notwendigkeit versündigt sich gegen das Vaterland.

Die Bezugsscheine sind verpflichtet, in jedem einzelnen Falle den vorhandenen Bestand festzustellen und die Richtlinien der Reichsleitungsstelle genau zu beachten.

Hilfsausschuß.

Ausgabe der Gutscheine am 2. und 3. Januar von 5 bis 6 Uhr nachmittags.

Im Januar finden die Geschäftsinneen am Dienstag jeder Woche statt.

Nähmaschinen

nur erste Fabrikate zu billigen Preisen.

Bevor Sie eine Maschine kaufen, bitte ich um Ihren wertvollen Besuch, damit ich Sie von der Güte und Brauchbarkeit überzeugen kann.

Eingjähr. Garantie. Kostloses Anlernen
Gg. Ph. Clos.

Deutsche Warte.

Wer neben den „Reinischen Nachrichten“ noch eine inhaltreiche, dabei billige illustrierte Berliner Tageszeitung mit wöchentlich 7 Beilagen lesen will, der abonniere auf die

„Deutsche Warte“

Die im 26. Jahrgang erscheint, Leitartikel führender Männer aller Parteien über die Tages- und Reformfragen bringt (die D. W. in Organ des Hauptvereins für Arbeiterheimstätten), schnell und sachlich über alles Wissenswertes berichtet und monatlich bei der Post oder dem Briefträger bestellt nur 90 Pfg. (Einschluß 14 Pfg.) kostet. Man verlange Probeheft vom Verlag der „Deutschen Warte“ Berlin NW. 6.

Für die Herbst- und Winterzeit sind sämtliche Neuheiten in Herren- und Knaben- Mützen

eingetroffen zu realen Preisen
R. Neuhaus.

Auf

Truppen-transport

Quer durch Polen, Oesterreich-Ungarn und Rumänien bis zur Sereth-Front von

Hauptm. Schüring
Preis 1 Mark
Zu haben in der

Buchhandlung Lemb.

Auf u. Umfärben

aller Kleidungsstücke
in ungetrennter u. 3. Hand
in der besten Farbe
samt Schnell- und aus

Färberei Bayer
Oberlahnstein,
Rheinr. 4.

Fleischextrakt- Ersatz

Marke: Plantag und Ochsene
empfiehlt Jean Engel.

Küchenlampen,
Sturmlaternen,
Handlaternen

empfiehlt Julius Rüping.

Ohrenschützer

beste Ware, per Stück 75 Pfg.
empfiehlt

Rud. Neuhaus.

Toilette- Seife

empfiehlt Jean Engel.

Spielkarten

das Pat. 1.— M.
neu eingetroffen.
A. Lemb.

Hand- arbeiten

schöne preiswerte Sachen
neu eingetroffen
Rud. Neuhaus.

Reiselektüre

in großer Auswahl neu
eingetroffen.
Buchhandlung A. Lemb.

Herren-Kragen und Schlipse

eingetroffen.
R. Neuhaus.

Empfehle für die kalte Jahreszeit:
Leibbinden,
Kniewärmer,
Lungenschützer
in großer Auswahl.
R. Neuhaus.

Briefpapier

neue Sendung
empfiehlt preiswert
Papiergeschäft Lemb.

Spitzen und Spitzenkragen

— für Damen und Kinder —
in reicher Auswahl bei
Geisw. Schumacher

1918!

Kaiser- kalender

empfiehlt
A. Lemb.

Promptol

das Beste zur
Frishaltung von ein-
gemachten Früchten etc.
zu haben bei

Jean Engel.

Brep papier

in allen Farben
per Rolle 40 Pfg.
neu eingetroffen bei

A. Lemb.

Herren-Kragen und Schlipse

in großer Auswahl
Geisw. Schumacher.

Ullsteinbücher

sind neu eingetroffen in der
Buchhandlung Lemb.

Damen- Unterröcke

in großer Auswahl
Rudolf Neuhaus

Pladler

bestes Pflanzmittel für Herd-
platten
— Paket 30 Pfg.
offeriert

Jean Engel.

Abreiss- kalender

für das Jahr 1918
eingetroffen
Buchhandlung Lemb.

Medizinal- Wein

besonders für schwache Kinder
und Leidende
in halben und viertel Flaschen
empfiehlt

Oesterreichischer
Züsswein
gelb
Feinsten
Ansel Ramos
beste Stärkungswine

Jean Engel, Braubach.

Kinder - Pelz- Garnituren

in weiß, schwarz und grau

Rud. Neuhaus.

Die Sammelstelle der nassauischen Nassauischen Sparkasse

in
Braubach, Friedrichstr. 13

bietet jedermann Gelegenheit, Ersparnisse
zinsbar und sicher anzulegen;

auch werden Mündelgelder bei ihr angenommen.

Jederzeit können Einzahlungen von 1 Mark an
zu 8 1/2 % Zinsen bei täglicher Verzinsung
gemacht werden.

Die Verabfolgung neuer Sparkassenbücher erfolgt
kostenlos.

Rückzahlungen von bestehenden Sparguthaben
finden zu jeder Zeit provisorisch statt und zwar
in der Regel ohne Verhaltung der in der Sparkassen-
ordnung vorgesehenen Kündigungsfrist.

Mündelscheine Schuldverschreibungen der Nassauischen
Landesbank werden von der Sammelstelle zum Kurs-
werte provisorisch verkauft, die neuen Sinscheinebogen
dieser Schuldverschreibungen kostenlos besorgt und alle
Sinscheine der Landesbankschuldscheine, sowie der Deutschen Reichs- und Staatsanleihen
schon 14 Tage vor dem Verfalltage ohne jeden Abzug
eingelöst.

Für Förderung des bargeldlosen Verkehrs nimmt
die Sammelstelle auch Schecks auf die Landesbank-
Hauptkasse sowie sämtliche Landesbankstellen zur Ein-
lösung bzw. zur Verrechnung entgegen.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

verwaltet durch die

Direktion der Nassauischen Landesbank,
Wiesbaden.

Höchst garantierte Versicherungs-
summen bei niedrigsten Prämien.

Sämtliche Ueberschüsse gehören den Versicherten

Alle Arten von Lebens-
und Volksversicherungen.

Vertreter für Braubach und Umgebung:

Redakteur Lemb, Braubach.

Justig's

Knochenkraft

für Schweine, Rindvieh, Geflügel
und Hunde

— Tierärztlich empfohlen — Flasche 2.50 M.

Jean Engel, Braubach.